

Verliehen – befristet – unterbezahlt



Politik für gute Arbeit geht anders!

Mit der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt geht es aufwärts wie selten sonst. Minister Brüderle und Ministerin von der Leyen strahlen um die Wette.

Auch wenn Menschen jetzt wieder Arbeit gefunden haben: Einen Grund zum Strahlen haben viele nicht. Ein Großteil der tollen neuen Jobs sind Leiharbeitsjobs. Unbefristet ist nur jeder zweite. Reguläre Vollzeitarbeitsplätze ohne Leiharbeit sind selbst im aktuellen Aufschwung zurückgegangen.

Unsicher, arm und ohne feste Perspektive

Für die Menschen ist diese Entwicklung mit großen Unsicherheiten verbunden. Gerade junge Leute haben keine sichere Perspektive. Früher gab es nach der Ausbildung eine befristete Stelle bis eine feste frei wurde. Heute ist Befristung üblich, auch wenn Stellen im Betrieb frei wären. Die unsichere Beschäftigung schafft einen Anpassungsdruck und zwingt zu großer Mobilität.

Die Angst, arbeitslos zu werden, ist ständiger Begleiter. Wie sollen junge Leute planen, gar eine Familie gründen? Woher sollen Beschäftigte den Mut nehmen, ihre Rechte einzufordern? Die Unternehmer können sich freuen.

Löhne drücken, Gewinne maximieren

Knapp 1.400 Euro brutto ist der mittlere Verdienst von Vollzeitbeschäftigten in der Leiharbeit. Das ist weniger als die Hälfte eines Lohns in der Industrie. Obwohl die meisten eine gute Ausbildung haben, verdienen sie weniger als regulär Beschäftigte ohne Ausbildung.

Mit den Hartz-Gesetzen hatte die damalige rot-grüne Koalition auch die Leiharbeit dereguliert. Manche Firmen gründen eigene Verleihfirmen, um Beschäftigte zu niedrigeren Löhnen unterhalb des Tarifvertrages einzustellen. Zum Beispiel der Medienkonzern Bauer, der aktuell den Druckern der Magdeburger Volksstimme kündigte und die Zeitung nun von Leiharbeitern drucken lässt. Das Geschäft floriert bestens dank dem Lohndumping. Andere, vor allem im Handel, nutzen Leiharbeitsbeschäftigte als Streikbrecher.

Risiko auf Arbeitskräfte abgewälzt

Um eine halbe Million schnellte die Zahl der Leiharbeitsbeschäftigten hoch. Auf über 800.000 bis zur Krise. Dann flogen sie als erste raus – jede/r Vierte von ihnen. Jetzt boomt die Branche wieder. Über eine Million müssen sich in der Leiharbeit verdingen.

Ebenso unbeständig ist das Arbeitsleben für viele Selbstständige. Die Mehrheit von ihnen sind inzwischen sogenannte „Solo-Selbstständige“, die keine weiteren Beschäftigten haben. „Selbstständig“ betreiben sie zum Beispiel einen Backshop oder haben einen Honorarvertrag in der sozialen Arbeit oder an Hoch- und Volkshochschulen. 30 Prozent von ihnen, bei den Frauen sogar über 40 Prozent, haben weniger als 1.100 Euro netto im Monat.



**Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft**

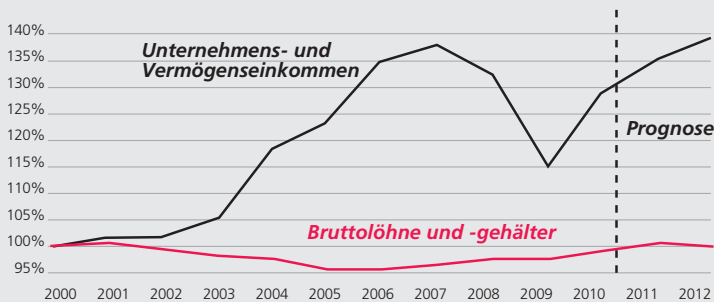


Verantwortung der Politik

Die Politik hat durch gesetzliche Neuregelungen die Tore für Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und verschärfte Ausbeutung immer weiter geöffnet. Seit der Einführung von Hartz IV sind Arbeitslose gezwungen, praktisch jeden Job anzunehmen. Und Unternehmer nutzen dies gnadenlos aus.

Löhne stagnieren – Gewinne explodieren

preisbereinigte Entwicklung 2000-2012



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, DIW, eigene Berechnungen

Inzwischen verdienen rund 1,4 Millionen Beschäftigte so wenig, dass sie zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind. Darunter jede und jeder zehnte Leiharbeitsbeschäftigte. Diese Subventionierung der Unternehmer durch die Aufstockerei kostet den Staat rund elf Milliarden Euro im Jahr. Damit zahlen wir die Zeche für die Lohndrückerei der Arbeitgeber, die letztlich auch noch für die Armut im Alter mit verantwortlich ist.

Ab Mai 2011 gilt auch für die neuen Mitgliedsländer die volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Firmen können dann z.B. über Leiharbeitsfirmen aus Polen, Rumänien usw. Beschäftigte bei uns einsetzen. Wenn nicht ein gesetzlicher Mindestlohn es verhindert, droht Lohndumping in neuer Dimension. Auch die Tarifverträge geraten unter verstärkten Druck.

Die Alternativen:

- Begrenzung der Leiharbeit und gleicher Lohn für gleiche Arbeit vom ersten Tag an;
- für junge Leute genügend Ausbildungsplätze, Übernahme und eine gute Perspektive beim Berufseinstieg;
- einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro;
- Befristungen nur wenn ein sachlicher Grund vorliegt;
- mehr soziale Sicherheit für Selbstständige und Kampf gegen Scheinselbstständigkeit;
- Vollzeitarbeitsplätze statt immer mehr Mini- und Midi-Jobs.

ver.di ruft gemeinsam mit dem DGB auf zu einem bundesweiten Aktionstag:

